

## Wahlprüfsteine der GdP – Antworten der Berliner CDU

Beteiligung der Gewerkschaften bei Besoldungs- und Versorgungsverhandlungen nach Umsetzung der Föderalismusreform

Frage 1:

Sind Sie bereit, gleichzeitig mit der Umsetzung der Föderalismusreform durch eine Änderung des § 60 Landesbeamtengesetz (LBG) „Beteiligung der Gewerkschaften und Berufsverbände“ die Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse, insbesondere von Statusfragen, Besoldung und Versorgung zu beteiligen?

Die in § 60 LBG vorgesehene Beteiligung Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände hat sich bewährt und sollte aus Sicht der CDU zukünftig auch für Statusfragen, Besoldung und Versorgung gelten.

Tarifverhandlungen

Frage 2:

Sind Sie bereit, sich bei Tarifverhandlungen in Berlin für die Beschäftigungssicherung über den 31.12.2009 hinaus und für Einkommenserhöhungen einzusetzen?

Aus Sicht der CDU gibt es durchaus gute Gründe, dass auch über das Jahr 2009 hinaus eine Sicherung der Beschäftigung für die Angestellten im öffentlichen Dienst erhalten bleibt. Wie dies vor dem Hintergrund der extremen Haushaltsnotlage auszugestalten ist, muss aber den dann sicher notwendigen Verhandlungen der Tarifparteien überlassen bleiben. Wir weisen in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich auf das Konzept der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin zum Personalmanagement hin, dass wir auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „eine Zukunft für Berlin“ (S. 95 ff.) dokumentiert haben. Eine wirkungsvolle und zukunftsorientierte Haushaltskonsolidierung lässt sich nicht auf einen zahlenmäßigen Stellenabbau im öffentlichen Dienst reduzieren. Unser Ansatz geht von der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung aus. Die Berliner Verwaltung muss insgesamt wirtschaftlicher arbeiten und die Wirksamkeit staatlichen Handelns in Berlin deutlich erhöhen. Dies kann auch bedeuten, dass in bestimmten Bereichen mehr Personal eingestellt werden muss.

Soweit vor diesem Hintergrund ein weiterer Stellenabbau erforderlich bleibt, kann dieser sozialverträglich über das freiwillige Ausscheiden und den Eintritt in das Rentenalter erfolgen.

Die Forderung nach Einkommenserhöhungen für die Zeit nach 2009 ist verständlich. Insbesondere ist die Arbeitszeit der Beschäftigten mit Lohnausgleich stufenweise wieder zu erhöhen. Es wird sich hierbei allerdings um einen längeren Prozess handeln. Es ist dabei darauf zu achten, dass es aufgrund der angespannten Haushaltslage in Berlin nur zu einer moderaten Erhöhung der Personalausgaben kommt.

Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst

## Frage 3:

Werden Sie sich für eine gleiche Einkommensentwicklung von Tarifbeschäftigten und Beamten/-innen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin einsetzen?

Ja. Vorrangiges Ziel muss aber die Beseitigung der ungleichen Bezahlung der Beamten im Ost- und im Westteil der Stadt sein, weil diese ungerecht und 16 Jahre nach der Wende nicht mehr zu begründen ist.

## Beförderungssituation im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst

## Frage 4:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Sachbearbeiter(-innen) in den gehobenen Dienst überführt werden und welche Vorstellungen haben Sie über den Zeitrahmen dafür?

Die CDU unterstützt das Berliner Modell. Den damit verbundenen höheren Anforderungen für die Polizeikräfte muss in der Regel eine angemessene Bezahlung gegenüber stehen. Insofern ist es sinnvoll, dass die genannten Aufgaben verstärkt von Kräften des gehobenen Dienstes wahrgenommen werden. Damit sind natürlich Kosten verbunden, sodass ein Prozess in diese Richtung sicher noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird.

## Frage 5:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass gleichzeitig die Beförderungssituation der Polizeivollzugsbeamtinnen und – beamten deutlich verbessert wird, da die Wartezeit für Beförderungen zum/zur Polizeiobermeister/in (A 8) und zum Polizeihauptmeister/in (A 9 S) immer länger wird?

Der Beförderungsstau bei der Berliner Polizei ist zeitnah aufzulösen. Das lange Warten ist für die Beamten demotivierend und wirkt sich mittelfristig nicht leistungsfördernd aus. Wir brauchen in Berlin aber motivierte und leistungswillige Kräfte, da im Sicherheitsbereich sehr schwierige Aufgaben zu bewältigen sind. Die CDU wird sich hier mit aller Kraft für eine Verbesserung der Lage einsetzen.

## Personal- und Sachmittelhaushalt der Polizei

## Frage 6:

Werden Sie weitere Kürzungen im Personal- und Sachmittelhaushalt der Polizei verhindern und sich dafür einsetzen, dass sich die Zahl der Neueinstellungen mindestens an der Zahl der Zuruhesetzungen orientiert, um den derzeitigen Personalbestand der Polizei zu halten?

Die CDU Berlin sieht für den Bereich des Polizeivollzugsdienstes keinerlei Einsparpotential mehr. Vielmehr muss darüber nachgedacht werden, inwieweit bei gleichbleibender Kriminalitätsbelastung Neueinstellungen notwendig sind. Zielvorgabe sollte es dabei sein, wieder die Personalstärke des Jahres 2003 zu erreichen.

## Frage 7:

Werden Sie sich unter den genannten Umständen für Neueinstellungen im ZOS einsetzen?

Auch die CDU sieht die personelle Unterausstattung im ZOS kritisch. Die von der GdP genannte Größenordnung von 250 Polizeiangeestellten, die benötigt werden, halten wir für realistisch.

Frage 8:

Teilen Sie in diesem Zusammenhang unsere Auffassung, dass durch Abschnittsschließungen und –zusammenlegungen die Bürgernähe der Polizei immer weiter verloren geht und werden Sie sich deshalb dagegen sprechen?

Die CDU lehnt weitere Abschnittsschließungen ab. Strukturelle Änderungen und Schließungen können wir uns allenfalls auf Direktionsebene vorstellen. Führungsstrukturen sind dort zu straffen. Auf diese Weise freiwerdende Stellen sind auf die Ebene der Abschnitte zu verlagern. Die Polizeipräsenz vor Ort, und dazu gehören zweifellos die Polizeiabschnitte, ist zukünftig nicht weiter abzubauen, sondern zu stärken. Zu prüfen ist darüber hinaus zur Stärkung der Bürgernähe der Polizei die Einrichtung von Außenstellen der Abschnitte in bestimmten Ortsteilen.

Besoldung/Versorgung/Arbeitszeit

Frage 9:

Haben Sie Vorstellungen über die Entwicklung der Beamtenbesoldung und –versorgung sowie der Wochen- und Lebensarbeitszeit?

Die Union tritt eine angemessene Besoldung unserer Beamten ein. Daher kann es dauerhaft nicht angehen, dass die Entwicklung der Bezüge der Beamten der allgemeinen Entwicklung der Löhne und Gehälter in Deutschland hinterherhinkt. Hier sehen wir mittlerweile einen erheblichen Nachholbedarf in allen Laufbahngruppen.

Die Versorgung der Beamten steht wie das gesamte Rentensystem der Bundesrepublik auf dem Prüfstand. Es müssen Modelle gefunden werden, die eine dauerhafte Finanzierung der Alterssicherung gewährleisten. Es wird daher zukünftig sicher noch zu weiteren Einsparungen auch im Bereich der Beamtenpensionen kommen. Dabei ist aber darauf zu achten, dass die Beamten gegenüber den Angestellten nicht benachteiligt werden und das Beamtenverhältnis insgesamt weiter attraktiv bleibt.

Die regelmäßige Wochenarbeitszeit sollte nach unserer Auffassung vierzig Stunden betragen.

Die Lebensarbeitszeit muss sich mit der steigenden Lebenserwartung verlängern. Das Renteneintrittsalter ist daher grundsätzlich auf 67 Jahre anzuheben. Auch für die Gruppe der Beamten. Für Beamte, die während ihrer Dienstzeit besonderen Belastungen ausgesetzt waren (z.B. Polizeivollzugsdienst), muss es hiervon jedoch Abweichungen geben.

Stellenstreichungen in den Verwaltungsbereichen der Polizei

Frage 10:

Teilen Sie unsere Auffassung, dass Polizeivollzugsbeamte/-innen grundsätzlich keine Verwaltungstätigkeiten ausüben sollten? Werden Sie sich deshalb dafür einsetzen, dass der Personalabbau in der Polizeiverwaltung unverzüglich beendet wird und Neueinstellungen erfolgen, da diese Beschäftigten zum größten Teil exekutivnahe Aufgaben erfüllen, die mit dem „normalen“ Verwaltungshandeln anderer Behörden nicht vergleichbar sind?

Dass ausgebildete Polizisten reine Verwaltungsaufgaben versehen, ist kein haltbarer Zustand. Dies gilt in besonderem Maße angesichts der Tatsache, dass Polizeivollzugsdienstkkräfte im Einsatz überall fehlen. Diesen Missstand gilt es zeitnah abzustellen. Inwieweit die Polizeiverwaltung durch eine grundlegenden Reorganisation und Verwaltungsvereinfachung entlastet werden kann, um ihre Aufgaben mit den vorhandenen Personal erfüllen zu können, oder ob zusätzliches Personal erforderlich ist, bliebe zu prüfen.

Landeskriminalamt (LKA)

Frage 11:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Kriminalitätsbekämpfung nachhaltig zu verbessern und die Aufklärungsquote zu steigern?

Die absolute Zahl der Delikte geht zurück, gleichzeitig sinkt die Aufklärungsquote. Das ist keine Erfolgsmeldung, sondern eine Hiobsbotschaft. Zurückzuführen ist diese Entwicklung fast ausschließlich auf die rigorosen Einsparungen des rot-roten Senats, die die Ermittlungstätigkeit zunehmend erschweren. Innere Sicherheit muss in Berlin endlich wieder Priorität gegenüber anderen staatlichen Aufgaben genießen. Steuermittel sind entsprechend umzuschichten.

Auflösung des Polizeipräsidiums Berlin

Frage 12:

Werden Sie die Einrichtung einer Hauptabteilung Polizei beim Senator für Inneres verhindern?

Die Einrichtung einer solchen Abteilung halten wir nicht für sinnvoll. An der bestehenden Struktur soll insoweit aus Sicht der CDU festgehalten werden.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)

Frage 13:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich die Personaleinsparungen an den tatsächlich zu erfüllenden Aufgaben orientieren?

Wie oben ausgeführt werden wir uns auch künftig dafür einsetzen, u.a. auch die Personalausstattungen aber auch die Ausstattung mit Sachmitteln an den Aufgaben zu orientieren.

Frage 14:

Werden Sie den produktbezogenen Haushalt auf Basis der Kosten-Leistungsrechnung als Steuerungsinstrument unterstützen? Werden Sie damit auch zulassen, dass produktbezogene Einnahmen auch für produktbezogene Ausgaben verwendet werden dürfen, unabhängig von den Haushaltsgruppen der Kameralistik, also Ausgleichmöglichkeiten zwischen Sach-, Personal- und Investitionsmitteln in eigener Verantwortung des LABO, obwohl das unter anderem die Herausnahme des LABO aus der allgemeinen Einsparquote bedeuten würde?

Grundsätzlich sind aus Sicht der CDU beide Fragen zu bejahen. Dennoch muss bei der konkreten Umsetzung genau auf jeweils vorhandene Besonderheiten geachtet werden um keine kontraproduktiven Steuerungseffekte zu generieren. Wie bereits oben ausgeführt, ist das Argument, das LABO würde aus der Einsparquote herausfallen, für uns nicht relevant. Unser fiskalpolitisches Ziel besteht nicht darin, um jeden Preis zu sparen, sondern die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu erhöhen. Das heißt den Ressourcenverbrauch (Transferzahlungen, Immobilien, Sachmittel, Personalkosten) zu senken und die Erträge zu erhöhen. Dies gelingt aber nur, wenn man die Wechselwirkungen des Haushalts im Zusammenhang sieht. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen mit unserem Antrag zur Schaffung zusätzlicher Spruchkammern zur Beschleunigung von Asylverfahren dargestellt, dass unser Ansatz der Haushaltskonsolidierung auch bedeuten kann, mehr Personal einzustellen. Hierfür lassen sich sicher auch Beispiele aus dem Bereich der Polizei finden.

#### Ordnungsämter

##### Frage 15:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den Ordnungsämtern einheitliche Verfahrensweisen, Strukturen und Ausstattungen die Regel werden, einschließlich einer einheitlichen Bezahlung, mindestens nach Vergütungsgruppe VI b BAT und für die Koordinatoren nach V c BAT?

Eine Vereinheitlichung von Verfahren, Strukturen und Ausstattung bei den Berliner Ordnungsämtern ist sinnvoll und daher voranzutreiben. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Bezahlung sehen wir nicht zwingend. Allerdings ist darauf zu achten, dass keine gravierenden Unterschiede in der Bezahlung vergleichbarer Tätigkeit entstehen.

#### Bürgerämter

##### Frage 16:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich in den Bürgerämtern die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger angleichen und damit auch eine einheitliche Bezahlung nach Vgr Vc BAT erfolgt?

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Bezahlung sehen wir nicht zwingend. Allerdings ist darauf zu achten, dass keine gravierenden Unterschiede in der Bezahlung vergleichbarer Tätigkeit entstehen.

##### Frage 17:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass veränderten Öffnungszeiten auch eine Personalausstattung und Arbeitszeitgestaltung gegenüber gestellt wird, die nicht nur Flexibilität für die Dienststelle, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne der Beschäftigten zulässt?

Die CDU sieht die Berliner Verwaltung als Dienstleister für die Bürger. Insofern muss zunächst den Interessen der Bürger Rechnung getragen werden. Deshalb tritt die CDU für veränderte, das heißt vor allem für verlängerte Öffnungszeiten der Bürgerämter ein. Dies ist natürlich auch bei der Personalausstattung und bei der Arbeitszeitgestaltung so zu berücksichtigen, dass den berechtigten Interessen der Beschäftigten hinreichend Rechnung getragen wird.

#### Berliner Feuerwehr

##### Frage 18:

„Werden Sie sich dafür einsetzen, dass, so wie in vergleichbaren Großstädten/Ländern (Brandenburg/Hamburg), auch in Berlin die Hilfsfristen im Notfallrettungsdienst und in der Brandbekämpfung festgeschrieben werden und die derzeit vereinbarten Schutzzielklassen damit ersetzen?

In dieser Frage gibt es bislang keine Festlegung der Berliner Union.

Frage 19:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Hauptstadt Berlin eine der Aufgabe angemessene Personal- und Sachausstattung erhält, die bei einer zwingenden Umsetzung der EU—Richtlinien zur Höchst Arbeitszeit eine weitere Arbeitsverdichtung ausschließt?

Die CDU Berlin tritt für eine sofortige Beendigung des Personalabbaus bei der Berliner Feuerwehr ein. Eine Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie, die in den nächsten Jahren erfolgen soll, wird aus unserer Sicht nicht ohne eine Aufstockung der Personal- und Sachausstattung möglich sein.

Frage 20:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um die persönliche Schutzausrüstung der Feuerwehrbeamten den heutigen Erkenntnissen in Bezug auf die Arbeitssicherheit und die Unfallverhütung anzupassen?

Eine angemessene Ausstattung der Feuerwehrbeamten ist Grundvoraussetzung für einen effektiven Schutz der Bevölkerung vor Brandgefahren. Die CDU fordert daher, dass hierfür erforderliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Frage 21:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Alternativen entwickelt werden, die die Zeiten einer ersten Beförderung von Feuerwehrbeamten im Eingangsamt A 7 nach A 8 von derzeit bis zu 16 Jahren verkürzen?

Ja. Eine Wartezeit von bis zu 16 Jahren ist inakzeptabel. Allerdings wird dieses Anliegen aufgrund der angespannten Haushaltslage sich erst mittelfristig zu realisieren sein.